

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/4491-01	Termin 19.03.2019	Kulturausschuss		
<u>Bericht / Mitteilung</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
19.03.2019	Kulturausschuss	K			

Berichtsgegenstand

FB 0-8-30 – Rückblick auf 2018 / Ausblick auf 2019

Sachdarstellung

Da der Fachbereich inzwischen vier verschiedene Aufgabengebiete bearbeitet, werden diese hier einzeln dargestellt.

1. Gedenkhalle

Das seit 2016 umgesetzte Konzept, mit Wechselausstellungen die Gedenkhalle zu verlebendigen, sollte auch 2018 fortgesetzt werden. Allerdings konnte aufgrund der vorzeitigen Beendigung des Volontariats durch die damalige Volontärin und aufgrund des längeren Ausfalls des Leiters der Gedenkhalle die Eröffnung der geplanten Wechselausstellung zur „Trauernden“ von Willy Meller 2018 nicht realisiert werden. Dies wird nun voraussichtlich im Juli 2019 nachgeholt.

Aus demselben Grund konnte auch die Veröffentlichung der Erinnerungen des Niederländers Andries ter Brugge, der von 1943 bis Kriegsende in Oberhausen Zwangsarbeit hatte leisten müssen, 2018 nicht realisiert werden. Diese Publikation wird nun auch erst im Laufe des Jahres 2019 erscheinen.

Wie schon 2018 im Kulturausschuss berichtet, wurde im Rahmen eines interfraktionellen Antrags (s. Drucksache Nr. A/16/2769-01) in der 24. Sitzung des Rates vom 3. Juli 2017 beschlossen, dem Riga-Komitee beizutreten. Das Riga-Komitee wird über den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge organisiert. Im Rahmen eines Festakts am 27. Juni 2018 unterzeichneten Regierungspräsidentin Birgitta Rademacher, die zugleich Bezirksvorsitzende des Volksbundes ist, und Oberbürgermeister Daniel Schranz die Beitrittsurkunde. Die Mitgliedschaft wird zukünftig über den Oberbürgermeister und stellvertretend über das Dezernat 1 oder über die Gedenkhalle wahrgenommen. In der Gedenkstätte Riga-Bikernieki ist inzwischen ein Namensstein „Oberhausen“ eingesetzt worden, mit

Bereichsleiterin Bereich 0-8	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Christine Vogt		Tsalastras	
Datum 06.03.2019	Datum	Datum 06.03.2019	Datum
* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[]
		Gleichstellungsstelle	[]

Drucksache Nr.: M/16/4491-01 / Seite 1 von 4

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/4491-01	Termin 19.03.2019	Kulturausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

dem die Stadt ihrer nach Riga deportierten und dort ermordeten jüdischen Bürger*innen nun auch offiziell gedenkt.

2018 konnte die Restaurierung des jüdischen Friedhofs in Holten abgeschlossen werden. Seit 2015 hatte ein Arbeitskreis, der von der Gedenkhalle moderiert wurde, diese Arbeiten fachlich begleitet. Mit Rücksicht auf die jüdische Kultur und Religion wurde Wert darauf gelegt, das optische Erscheinungsbild und den Charakter des Friedhofs durch diese Maßnahmen nicht zu verändern. Ästhetische Verschönerungen sind deshalb nicht durchgeführt worden. 2017 wurden zeitweise fünf Grabsteine vom Friedhof demontiert und von einem erfahrenen Steinmetzmeister und Restaurator im Laufe mehrerer Monate gereinigt. 2018 konnten sie wieder eingesetzt werden. Alle weiteren Grabsteine auf dem Friedhof wurden behutsam konservatorisch behandelt, um den Ist-Zustand zu bewahren. Die Zusammensetzung von Denkmalfragmenten, die Festigung der Schriftflächen, das Beseitigen von biogenem Bewuchs und die Standfestigkeit der Denkmäler hatten hierbei Priorität. Viele Schriftzeichen zeigten eine starke Schalenbildung und mussten wieder mit dem Untergrund verbunden werden, um nicht abzuplatzen und verloren zu gehen. Auf diese Weise ist der jüdische Friedhof Holten für die nächsten Jahre wieder in einen Zustand versetzt worden, der einem weiteren Verfall und Verlust von steinernen Zeugen jüdischen Lebens in der Stadt vorbeugt.

Seit 2018 ist eine Broschüre in Arbeit, die über alle jüdischen Friedhöfe, die in Oberhausen jemals bestanden oder noch bestehen, Auskunft geben wird. Geplant ist ein Format, das leicht bei Exkursionen zu den jeweiligen Orten mitzuführen ist und schnell über den jeweiligen Friedhof sowie einzelne dort bestattete jüdische Bürger*innen informiert. Flankiert werden diese Informationen durch Beiträge des auf Restaurierung spezialisierten Steinmetz, der in Holten tätig war, einer Mitarbeiterin des Steinheim-Instituts für jüdische Geschichte in Essen sowie das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland. Die Broschüre wird voraussichtlich im September 2019 erscheinen.

Im Verhältnis zum Vorjahr 2017 stiegen die Besucherzahlen in der Gedenkhalle 2018 um fast 1.000 Besucher*innen auf 8.200 an. Dies ist insofern interessant, als 2017 zwei Wechselausstellungen angeboten wurden, während dies 2018 nicht möglich war. Prof. Dr. Alfons Kenkmann, der Vorsitzende des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte in NRW – dem die Gedenkhalle angehört – ordnete in seiner Pressemitteilung vom 17. Januar 2019 die steigenden Besuchszahlen 2018 in die aktuellen erinnerungskulturellen Diskussionen ein: „In Zeiten, in denen historische Desinformationen laut vernehmbar und die Verschiebung der Sagbarkeits-Grenzen ausgetestet werden, sind die unverändert steigenden Besuchszahlen eine ‚Abstimmung mit den Füßen‘ gegen eine Abkehr aus den Lehren der NS-Vergangenheit.“ Orte wie die Gedenkhalle werden derzeit als Ankerpunkte der historischen Selbstvergewisserung bedeutsamer als noch vor wenigen Jahren. Die Gedenkhalle wird auch 2019 diesen Trend unterstützen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten noch mehr und differenziertere Bildungsangebote für unterschiedliche Alters- und Interessengruppen bereitstellen wollen.

Aufgrund der o.g. defizitären Personalsituation konnten 2018 nur 11 Führungen durchgeführt werden (2017: 28 Führungen). Dagegen konnten die Honorarkräfte die Zahl der durchgeführten Workshops im Vergleich zum Vorjahr halten (2018: 20 Workshops, 2017: 19 Workshops). Durchgeführt wurden wie in den Jahren zuvor eine Stolpersteinverlegung (am 5. Februar 2018) sowie die Gedenktage zum 27. Januar, zum 1. September (Antikriegstag), zum Novemberpogrom 1938 und zum Volkstrauertag.

Die Wechselausstellung „Marlene Dietrich. Die Diva. Ihre Haltung. Und die Nazis“ wurde nach Beendigung der Präsentation Anfang 2017 bis Mitte 2018 in eine transportable Wanderausstellung umgebaut. Seitdem wurde sie schon mehrfach gegen eine Leihgebühr an mehrere Leihnehmer vermittelt. 2019 wird sie durchgängig ausgeliehen sein; derzeit werden schon Anfragen für 2020 beantwortet. Damit hat die Gedenkhalle erstmals seit ihrem Bestehen eine Außenwirkung jenseits der eigenen Ausstellungsräumlichkeiten. Die Möglichkeit, das von der Gedenkhalle 2016 entwickelte kulturelle Begleitprogramm (Lesungen, Theateraufführungen, Filmvorführung) dazu zu buchen, wird

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/4491-01	Termin 19.03.2019	Kulturausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

neben den Einführungen in die Ausstellung in größerem Umfang als erwartet wahrgenommen. Zugleich wird auch der Katalog zur Ausstellung weiter angeboten.

2. Bunkermuseum

Während 2017 noch über 2.100 Besucher*innen das Bunkermuseum besuchten, war 2018 ein Rückgang auf 1.950 zu verzeichnen. Dennoch ist diese Zahl im Abgleich der Vorjahre immer noch eine der besten, obwohl 2018 keine ergänzenden Ausstellungen hatten präsentiert werden können. Die Zahl von 12 Führungen blieb im Vergleich zu 2017 gleich, lediglich bei den Workshops war ein leichter Rückgang von sechs auf vier zu verzeichnen. Insgesamt ist die Situation als stabil auf insgesamt niedrigem Niveau einzuschätzen, da das Bunkermuseum sehr begrenzte Öffnungszeiten und einen geringen Etat hat und personell hinter den Erfordernissen der Gedenkhalle zurückstehen muss – Gedenkhalle und Bunkermuseum werden in Personalunion geführt. Angesichts der Tatsache, dass es im Ruhrgebiet nach wie vor kein vergleichbares Museum gibt, wäre eine weitere Entwicklung der Potenziale dieses authentischen Ortes nach wie vor sinnvoll.

Zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 wird das Bunkermuseum die seit 2011 bestehende Dauerausstellung vor allem um neue Exponate ergänzen, um dem Ort eine neue Attraktivität zu verschaffen, die sich in einer Steigerung der Besucherzahlen ausdrücken soll.

3. Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit 2015 im Rahmen des Bundesprogramms „**Demokratie leben!** Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ deutschlandweit Maßnahmen zur Demokratieförderung und zur Extremismusprävention. Die Stadt Oberhausen hat am 29. Mai 2015 per Zuwendungsbescheid eine Bewilligung über eine Förderung vom 15. Juni 2015 bis zum 31. Dezember 2019 erhalten. Im Rahmen dieses Programms wird die *Partnerschaft für Demokratie Oberhausen* gefördert. Der Fachbereich agiert im Bundesprogramm als federführendes Amt. Wie schon 2015 berichtet, will das Programm ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen Ebene fördern. Es sollen Projekte, Initiativen und andere Maßnahmen unterstützt werden, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt verschrieben haben und die gegen Rechtsextremismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit arbeiten. 2018 war das vierte Förderjahr. Der für die Freigabe von Fördermitteln zuständige Begleitausschuss konnte auch 2018 wieder viele Projekte, die dem Förderansinnen des Bundesprogramms entsprechen, unterstützen. Aus dem Initiativfonds wurden 17 Projekte mit insgesamt 47.000 € gefördert, womit dieser Fonds völlig ausgeschöpft wurde. Im Jugendfonds konnten von bereitgestellten 7.000 € nur 1.500 € für ein Projekt verausgabt werden – eine Problematik, die nicht neu ist und sich bislang noch nicht hat lösen lassen. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass das Bundesprogramm in der Stadt gut angenommen wird und viele Projekte zum Gelingen des Bundesprogramms beitragen. Das Projekt wird 2019 auslaufen, es ist aber bereits seitens des Bundesministeriums angekündigt, es ab 2020 neu aufzulegen. Eine Teilnahme der Stadt Oberhausen ist beabsichtigt. Über einen neuen Sachstand wird zum Ende der ersten fünfjährigen Förderphase berichtet.

4. Landesprogramm *NRW*eltoffen: Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Gemäß Ratsbeschluss vom 21.11.2016 hat sich die Stadt Oberhausen um die Teilnahme am Landesprogramm „**NRW**eltoffen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/4491-01	Termin 19.03.2019	Kulturausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

und Rassismus“ beworben (s. Rat der Stadt, Vorlage B/16/1999-01 – Beschlüsse). Mit Zuwendungsbescheid vom 30. Juni 2017 wurde durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Landeszentrale für politische Bildung, für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis zum 31. Dezember 2018 eine Förderung bewilligt. Der Fachbereich fungiert auch hier als federführendes Amt. Im gesetzten Zeitrahmen wurde das geforderte Handlungskonzept in Kooperation mit der Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), erstellt. Das Konzept soll zukünftig die Grundlage für eine abgestimmte Präventionsstrategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Kommune bilden. Für das Jahr 2019 wird derzeit eine ebenfalls über **NRWeltoffen** geförderte Weiterentwicklung des Handlungskonzepts beantragt.

Allgemein: Personal- und Finanzsituation

Dank der Einrichtung einer zusätzlichen wissenschaftlichen Personalstelle, die im Jahr 2018 beschlossen wurde, wird der Fachbereich 0-8-30 erstmals seit seinem Bestehen ab etwa dem Frühjahr 2019 insgesamt zwei wissenschaftliche Mitarbeiter*innen haben, die dauerhaft an der Pflege des gegenwärtigen Bestands und der weiteren Entwicklung des Fachbereichs arbeiten können. Die neue Stelle wird schwerpunktmäßig im Bereich der Pädagogik eingesetzt werden. Dies wird perspektivisch zu einer Optimierung der Arbeit führen, da erstmals eine Ansprechperson für pädagogische Bildungsformate regelmäßig und dauerhaft ansprechbar ist, da die Bildungsangebote stetig weiter qualifiziert werden können und da eine bessere Vernetzung mit anderen Gedenkstätten zum Nationalsozialismus speziell im Bildungssektor möglich wird. Angesichts der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation ist es von besonderer Bedeutung, sich gerade in den Bildungsangeboten verstärkt mit Formen von Rechtspopulismus, Neonazismus, Rassismus und Nationalismus, mit antidemokratischen Gesinnungen und mit der Gefährdung der Universalität der Menschenrechte auseinanderzusetzen, da unser Publikum wie selbstverständlich über Analogiebildungen zwischen ‚damals‘ und ‚heute‘ nachdenkt.

Die neue Personalstelle wird aus Gründen der Finanzierung vorerst auf 31 Wochenstunden beschränkt sein. Kompensationen zur Finanzierung waren nicht erforderlich, da die Personalstelle finanziert wird aus Fördermitteln der Landeszentrale für politische Bildung NRW und aus Eigenmitteln des Fachbereichs. Letzteres wird zur Folge haben, dass weniger kostenintensive Projekte realisiert werden können. Dennoch ist diese neue Personalstelle im Fazit ein unabdingbarer und richtiger Schritt, um den Fachbereich 0-8-30 sukzessive zukunftssicher zu entwickeln.